



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:

Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas

COM(2020) 27 final

BR-Drs.:37/20

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 21. Sitzung am 18. Februar 2020 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung der Europäischen Kommission federführend zu beraten (§ 83c Abs. 1 BayLTGeschO).

### Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Mitteilung der Europäischen Kommission landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

In der Mitteilung COM(2020) 27 final ([BR-Drs. 37/20](#)) hat die Kommission Ideen für eine Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Demnach sollen innerhalb von zwei Jahren Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU ausgearbeitet werden. Die Kommission schlägt für die Diskussion zwei Themenbereiche vor. So sollen unter einem Schwerpunkt „Prioritäten und anzustrebende Ziele“ Themen wie z. B. die Bewältigung des Klimawandels und der Umweltprobleme, eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit und der digitale Wandel Europas behandelt werden. In einem zweiten Themenbereich soll der Schwerpunkt auf „Fragen mit besonderer Bedeutung für demokratische Prozesse und institutionelle Fragen“ liegen.

Die Kommission sieht die Konferenz als Forum für alle Bürgerinnen und Bürger, an dem sich auch andere Institutionen, Parlamente, Sozialpartner, regionale und lokale Behörden etc. beteiligen können.

Der Bayerische Landtag hat im Beschluss [Drs. 18/1447](#) vom 02.04.2019 zur Mitteilung der Kommission: Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit – Stärkung ihrer Rolle bei der Politikgestaltung der EU COM(2018) 703 final ([BR-Drs. 554/18](#)) hervorgehoben, dass den Landesparlamenten eine besondere Rolle als „Foren des europapolitischen Diskurses mit den Bürgerinnen und Bürgern“ zukommt. Dabei wurden auch Ausführungen zu einer vertieften Zusammenarbeit der regionalen Parlamente mit den europäischen Institutionen gemacht.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll und geboten, wenn der Landtag die Chance nutzt und sich zur Fortführung des begonnenen Dialoges mit der Europäischen Kommission aktiv in die Konferenz zur Zukunft Europas einbringt.